News

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

politik+++mittelstand+++information

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT-News · 2. Ausgabe 2010

Steuererhöhungen sind Gift für Deutschland

MIT - Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann

Griechenland-Krise, Euro-Rettungsschirme und Schuldenberge bei Bund, Ländern und Kommunen von über 1,7 Billionen Euro. Euro. Wir leben in Zeiten des politischen und ökonomischen Umbruchs. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, ergibt sich daraus, dass bereits jetzt die Staatsverschuldung jenseits von 70 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) liegt. Erlaubt sind laut Maastricht-Kriterien gerade einmal 60 Prozent. Wird die Verschuldungsspirale nicht gestoppt, wird die schon jetzt gigantische Summe bis Ende 2013 durch immer neue Kredite bei etwa 2 Billionen Euro liegen.

Die Herausforderungen der Zukunft

Doch wie dramatisch es wirklich um Deutschland steht, zeigt die verdeckte, die sogenannte implizite Verschuldung. Wie das Forschungszentrum für Generationenverträge der Universität Freiburg jüngst berechnete, fehlen dem Staat rund 7 Billionen Euro, mehr als das Dreifache des Bruttoinlandsprodukts. Denn die offiziellen Statistiken verschweigen, dass für Renten, Pensionen sowie für Gesundheit und Pflege – anders als es jeder selbstständige Mittelständler handhaben würde – keine Rückstellungen gebildet werden. Aufgrund der Überalterung der Gesellschaft und der sinkenden Geburtenraten verschärft sich diese Finanzierungslücke des Staates und seiner Sozialsystemeimmer rasanter. Diese brisante Entwicklung, die einer tickenden fiskalischen Zeitbombe gleicht, verschärft sich durch den Zinseszinseffekt, der der Politik langsam aber sicher jedweden Gestaltungsspielraum nimmt.

Sparpaket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Aus diesem Grund begrüßen wir als MIT die Eckpunkte der Bundesregierung als ersten Schritt zur Konsolidierung des Bundeshaushalts. Sie sehen vor, dass je 37,5 Prozent im Sozialbudget sowie bei der Wirtschaft gespart werden und das restliche Viertel bei der staatlichen Verwaltung. Gleichzeitig wird der Aufschwung durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur gestärkt. Ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag von etwa 7 Milliarden Euro stellt allerdings keineswegs eine übermäßige ‚Kraftanstrengung' dar. Allein in den Jahren 2005 bis 2010 sind die Ausgaben – vor allem im Sozialbereich – durchschnittlich um 13 Milliarden Euro jährlich gestiegen. Nur die Hälfte davon soll zukünftig wieder eingespart werden.

Das Sparpaket ist sozial ausgewogen

Wesentliche Treiber der Staatsverschuldung sind und waren die Sozialausgaben, die inzwischen mehr als die Hälfte des Bundesetats ausmachen. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, dass der Sozialbereich den deutlichsten Beitrag zur Konsolidierung leisten muss. Tatsächlich sollen hier aber nur rund 2,7 Milliarden Euro jährlich eingespart werden. Es ist deshalb unsinnig zu behaupten, das Paket sei sozial nicht ausgewogen.

Konsolidierung auf der Ausgabenseite

Die MIT warnt Regierung und Politik ausdrücklich vor Steuererhöhungen. Statt im Bereich der Wirtschaft die Subventionen zu kürzen, hat die Regierung bereits mit den Eckpunkten Steuer- und Abgabenerhöhungen für bestimmte Branchen beschlossen. Dies ist Gift für den Standort Deutschland. Das strukturelle Defizit des Bundes ist nicht das Ergebnis rückläufiger Steuereinnahmen, sondern beruht auf übermäßigem Ausgabenwachstum. Die Lösung des Problems muss deshalb auf der Ausgabenseite gesucht werden.

Schluss mit populistischer Symbolpolitik

Bei der derzeitigen Debatte um eine Erhöhung der Einkommensteuersätze, wie sie unter anderem vom CDU-Wirtschaftsrat in die Diskussion gebracht

MIT IN DEN MEDIEN

„Wenn Transferzahlungen wie Hartz IV erfolgen, dann gibt es auch immer einen, der den Staat dazu in die Lage versetzt, diese Leistung zu ermöglichen. Das ist der Steuerzahler. Von 82 Millionen Deutschen erbringen schon jetzt 13 Millionen Menschen 95 Prozent des direkten Steueraufkommens.“ **Auftritt bei SternTV mit Günther Jauch am 09.06.2010**

“Im Sparhaushalt des Bundes darf es keine Tabus geben“, verlangt der Bundesvorsitzende der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT), Josef Schlarmann. „Dies gilt für alle Ausgabentitel des Bundes und für alle Bundesminister ausnahmslos.“ In der Tabuisierung bestimmter Ausgaben sieht Schlarmann „einen Verstoß gegen den schwarz-gelben Koalitionsvertrag und die darin formulierten goldenen Regeln“. Tatsächlich steht dort: „Alle staatlich übernommenen Aufgaben werden auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Jeder Ausgabenbereich muss einen Beitrag zur Erfüllung der Anforderungen der neuen Schuldenregel leisten.“ **WirtschaftsWoche vom 07.06. 2010**

Auch der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, sprach sich gegen eine höhere Vergütung für Staatsdiener aus. Dem Blatt sagte er: „Die geplante Gehaltserhöhung für die Beamten ist das völlig falsche Signal in diesen Tagen. Wer für Sonntag eine große Sparklausur terminiert und am Freitag davor eine Gehaltserhöhung für Beamte mit weit erheblichen finanziellen Folgen für den Bund beschließen will, der nimmt nicht wirklich ernst, was er selber proklamiert.“ Die hohen Pensionslasten würden das ganze Sparvorhaben der Regierung konterkarieren. **Hamburger Abendblatt und Kölner Express vom 04.06.2010**

Zum Rücktritt von Horst Köhler: „So ein Rücktritt hat in der Regel mehrere Gründe. Der Grund der offiziell genannt wird ist sicher nicht der Einzige. Doch wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen, dass wir einen fähigen Bundespräsidenten verloren haben.“ - **Bayrischer Rundfunk BR 2 vom 02.06.2010**

Zum Rücktritt von Roland Koch: „Der Wirtschaftsflügel der CDU/CSU ist arm an profilierten Persönlichkeiten. Zumindest sehe ich in der Parteiführung im Augenblick niemanden, der für den Wirtschaftsflügel kompetent sprechen kann und die Wirtschaftsinteressen um sich sammelt. **Bayrisches Fernsehen vom 02.06.2010**

Fortsetzung von Seite 1

wurde, ist viel Populismus im Spiel. Eine Verdoppelung der Steuer für die oberen Einkommensbezieher – die sogenannte Reichensteuer – von drei Prozent auf 6 Prozent würde gerade einmal 610 Millionen Euro bringen.

Weitere steuerliche Belastung von Mittelständlern brandgefährlich

Der Spitzensteuersatz, dessen Erhöhung ebenso in der Diskussion ist, greift bereits für jährliche Einkommen ab 52.000 Euro. Belastet davon wären vor allem das Handwerk und mittelständische Familienbetriebe, die über 95 Prozent aller Unternehmen ausmachen. Hierbei handelt es sich um das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, das bereits in der Krise erhebliches Kapital eingebüßt hat, um Arbeitsplätze zu erhalten. Begünstigt wären demgegenüber Kapitalgesellschaften, die nur 30 Prozent Steuern zahlen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes hätte demnach zur Folge, dass die Ungleichbehandlung zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften noch stärker wird.

Konsequente Maßnahmen gegen Schieflage der Kommunalfinanzen

Benno Lehnsdorf, MIT-Bundesvorstandsmitglied und Bürgermeister von Duisburg

Deutschland braucht starke Städte, Gemeinden und Landkreise. Aber nicht erst die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen auf eine harte Belastungsprobe gestellt. „Bereits seit Jahren vermissen die Kommunen die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Stattdessen wurden den Kommunen von Bund und Ländern immer mehr Aufgaben zugewiesen. Die Zuweisung der erforderlichen, zusätzlichen Finanzmittel für die Sach- und Personalausstattung erfolgte hingegen nur teilweise oder gar nicht“, klagt Benno Lensdorf, Vorsitzender der AG Kommunalpolitik des MIT-Bundesvorstandes und Bürgermeister der Stadt Duisburg. Nach seiner Auffassung müssen die Kommunen entlastet und zeitnah eine Reform der Kommunalfinanzen umgesetzt werden. „Ich begrüße die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP, die darauf abzielt, Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zu erarbeiten. Ein Schwerpunkt sollte dabei die zukünftige Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sein“, fordert Lensdorf.

Zwischenzeitlich wurde unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Bernhard Beus und Staatssekretär Werner Gatzer die Gemeindefinanzkommission konstituiert, in der neben Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesminister des Innern und des Bundesminister für Wirtschaft und Technologie auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, des Städtetages und der Länder mitarbeiten.

„Viele deutsche Kommunen haben erhebliche Finanzprobleme, die ihre Handlungsspielräume zunehmend einengen. Es bleibt zu hoffen, dass es der Gemeindefinanzkommission gelingt, tragfähige Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten. Ein Fokus muss auf die Entlastungsmöglichkeiten der Kommunen sowie auf die Abschaffung der Gewerbesteuer und Einführung einer wirtschaftsbezogenen, kommunalen Unternehmensteuer als reine Gewinnsteuer gelegt werden“, fordert Lensdorf.

Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung besser verzahnen

Frank Gotthardt, stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender

Die Entwicklung der Privatwirtschaft ist der Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Diese Auffassung vertritt der Vorsitzende der Internationalen Kommission des MIT-Bundesvorstands und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende, Frank Gotthardt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Entwicklung demokratischer Strukturen und ein sinnvoller Mitteleinsatz der Entwicklungshilfe forciert, die Infrastrukturinvestitionen verstärkt und ein solides Bildungs- und Ausbildungssystem errichtet werden. „Im Sinne des nachhaltigen Dreiklangs von Ökonomie, Ökologie und Sozialem ist Entwicklung ganz zentral wirtschaftliche Wertschöpfung. Die zu schaffenden Werte in Form von Waren und Dienstleistungen müssen für die Menschen von Nutzen sein und ihren Lebensstandard verbessern. Dabei müssen alle die Chance haben, das für ein menschenwürdiges Leben notwendige Einkommen aus eigenen Kräften zu erwirtschaften. Armutsbekämpfung kann nicht „für" sondern nur "mit und durch" die „Armen" selbst gelingen", meint Gotthardt. Nach seiner Auffassung liegt der Schlüssel zur ökonomischen Stärkung der Entwicklungsländer nicht in der stetigen Aufstockung von Subventionen, Darlehen und der staatlichen Entwicklungshilfe (ODA) durch die Geberländer. Vielmehr müssen die Qualität, die Effizienz und die Kohärenz von entwicklungsfördernden Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsprozesse und der technischen sowie rechtlichen Infrastruktur im Vordergrund stehen. Vor allem der deutsche Mittelstand kann durch Investitionen und dem damit einhergehenden Know-How-Transfer in Entwicklungsländern einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen ökonomischen Entwicklung leisten. „Um jedoch die Investitionstätigkeit vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländer zu verstärken, müssen zusätzliche Anreize geschaffen und bestehende Maßnahmen mittelstandsfreundlicher ausgebaut werden. Hier ist die Bundesregierung gefordert, die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen konsequent umzusetzen", so Gotthardt.

Mittelstand nicht durch höhere GEZ-Gebühren belasten

MIT-Bundesvorstandsmitglied Brigitta Luhr aus Baden-Württemberg

Mitte 2010 wird sich die Rundfunkkommission der Länder mit der Reform der Rundfunkgebühren befassen. Es geht um die zentrale Frage eines verfassungsrechtlich unbedenklichen Weges von der bisherigen gerätebezogenen Rundfunkgebühr hin zu einer Haushaltspauschale, dem "Rundfunkbeitrag". Wie die bisherige Rundfunkgebühr soll auch der geplante pauschale Rundfunkbeitrag über die GEZ eingezogen und an die Rundfunkanstalten abgeführt werden. Beitragspflichtig soll künftig jeder Haushalt und jede Betriebsstätte sein. Im privaten Umfeld sollen die Inhaber einer "zum Wohnen oder Schlafen geeigneten abgeschlossenen Raumeinheit mit separatem Eingang" zur Entrichtung des Rundfunkbeitrages in die Pflicht genommen werden. Im gewerblichen Umfeld soll sich die Höhe des Rundfunkbeitrags an der Zahl der Mitarbeiter einer Betriebsstätte orientieren, wobei erst ab einem bis neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der volle Beitrag angesetzt werden soll.

„Würden die Pläne so umgesetzt werden, ergäben sich allein im privaten Bereich durch die Einführung des einheitlichen Rundfunkbeitrags von 18 Euro Mehreinnahmen von rund 750 Millionen Euro zulasten der Bürger. Auch für den nicht-privaten Bereich, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, würde dies eine enorme Steigerung des Beitragsvolumens bedeuten. Diese Mehrbelastungen für Bürger und Mittelständler sind nicht akzeptabel", meint Brigitta Luhr, Mitglied des MIT-Bundesvorstands. Bisher musste beispielsweise ein Mittelständler seine betrieblichen PKWs an die GEZ melden und eine Gebühr für das Radio der betrieblichen PKWs von jährlich 69,12 Euro zahlen. Nach der Neuregelung würde er nun 216 Euro für jedes Fahrzeug zahlen müssen. „Neben den zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft in Milliardenhöhe würde die Bürokratielast deutlich steigen. Denn der Mittelständler müsste zukünftig zusätzliche Daten über seine Betriebsstätte, die Zahl seiner sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter

Fortsetzung von Seite 3

und weitere Informationen liefern und ständig aktualisieren“, erläutert Luhr. Die nachhaltige Finanzierung des Grundversorgungsauftrages der öffentlich-rechtlichen Anstalten müsse stattdessen auf eine solide Basis gestellt werden. Luhr fordert daher, die stetige Ausweitung des Gebührenpotenzials und die Ausgabenerhöhung durch eine Strategie der Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu ersetzen. Hierzu soll für private Rundfunkteilnehmer das jetzige, bewährte System der Teilnehmererfassung und des Gebühreneinzugs beibehalten und für neuartige Empfangsgeräte auf die tatsächliche Nutzung abgestellt werden. Für nichtprivate Teilnehmer soll die Regelung für konventionelle Rundfunk- und Fernsehgeräte beibehalten und für neuartige Empfangsgeräte auch hier auf die tatsächliche Nutzung abgestellt werden.

Bankenabgabe ist keine Lösung

MIT-Bundesvorstandsmitglied Michael Darda aus Nordrhein-Westfalen

Die Entscheidung des Kabinetts, die Bankenabgabe einzuführen, erinnert irgendwie an die Flickschusterei im Gesundheitswesen der vergangenen Jahre. In beiden Fällen wird nur über die Finanzierung von Verlusten nachgedacht und nicht darüber, die Kosten gar nicht entstehen zu lassen. Das von Finanzminister Wolfgang Schäuble vorgestellte Rücklagevolumen von 1,2 Milliarden im Jahr ist zudem viel zu gering, um eventuell auftretende Schäden nachhaltig abzudecken. 480 Milliarden Euro hat der Staat für den existierenden Rettungsfonds bereitgestellt. Um ein Risiko in dieser Größenordnung abzudecken, müssten 400 Jahre Rücklagen geschaffen werden. Allein an dieser Zahl lässt sich die Fragwürdigkeit der Kabinettsentscheidung ablesen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert die Gesetzgeber - national wie international - auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, die Zockerei mit anvertrauten Geldern deutlich zu erschweren, besser noch zu verbieten. Das gilt genauso für den spekulativen Handel mit Derivaten. Schließlich waren es einige dieser synthetischen Finanzprodukte, die als Auslöser der globalen Finanz- und Wirtschaftkrise gelten. Genau an dieser Stelle aber hat man das Gefühl des „business as usual“. Aus dem Schaden wurde nichts gelernt. Wer also glaubt, dass die Bankenabgabe zu einer heilen Welt der Finanzmärkte führt, der irrt. Großbanken nehmen die Regierungsentscheidung offenkundig locker entgegen. Sie werden, wie die Sparkassen und Volksbanken wahrscheinlich auch, diese Strafsteuer in den Zins und in die Provisionen einpreisen.
Wer zahlt, ist der Kunde und damit der Mittelstand. Es trifft also wieder die Falschen. Würde die Regierung stattdessen auf die Finanzmarktsteuer setzen, ergäben sich ganz andere Effekte. Zum einen kämen , da umsatzorientiert, andere Beträge zusammen, zum anderen würde es gelingen, die Verursacher der Krise in die Verantwortung zu nehmen. Die Versäumnisse der Bankenaufsicht müssen genauso in den Fokus gerückt werden; kleinteilige Prüfungen statt systemrelevante Kontrollen haben den Beinahe-Kollaps der Weltwirtschaft erst möglich gemacht. Die MIT sieht es daher als vordergründige Aufgabe an, einen transparenten Ordnungsrahmen für Finanztransaktionen zu schaffen.

Fakten

Luftfahrtindustrie im Aufwärtstrend
EADS-Airbus und die Zulieferer profitieren momentan vom schwachen Euro, da Flugzeuge und Flugzeugteile traditionell in Dollar abgerechnet werden. Schon 2009 war trotz des damals noch schwachen Dollar für die Luftfahrtbranche ein gutes Jahr. Die heimische Industrie legte 2009 beim Umsatz um 16 Prozent auf 18 Milliarden Euro zu. Die Exporte wuchsen um 12,3 Prozent, der Inlandsabsatz um 48 Prozent.

Es krankt an den Ausgaben
Fehlanreize im Gesundheitssystem und der medizinisch-technische Fortschritt sind die größten Kostentreiber der gesetzlichen Krankenversicherung. Dass die Versichertengemeinschaft immer älter wird, spielt beim drastischen Anstieg der Kosten nur eine untergeordnete Rolle. Seit 1991 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je Versichertem um 86 Prozent gestiegen, die beitragspflichtigen Einkommen dagegen nur um 48 Prozent.

Arbeitskosten gehen zurück
Mit exakt 54.890 Euro mussten westdeutsche Industriebetriebe im Jahr 2009 je Vollzeitarbeitskraft durchschnittlich kalkulieren – das waren 1.200 Euro weniger als 2008. Damit sind die Arbeitskosten erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik gesunken. Der Grund: Der starke Einsatz von Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden. In Ostdeutschland verlief die Entwicklung analog.

Quelle: IW Köln

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt
Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22
E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/ pixelchickDK/-yuri_arcurs/-sylvanworks-hidesy/ sonstige Bilder: brandung[3], Lieferungen der MIT